

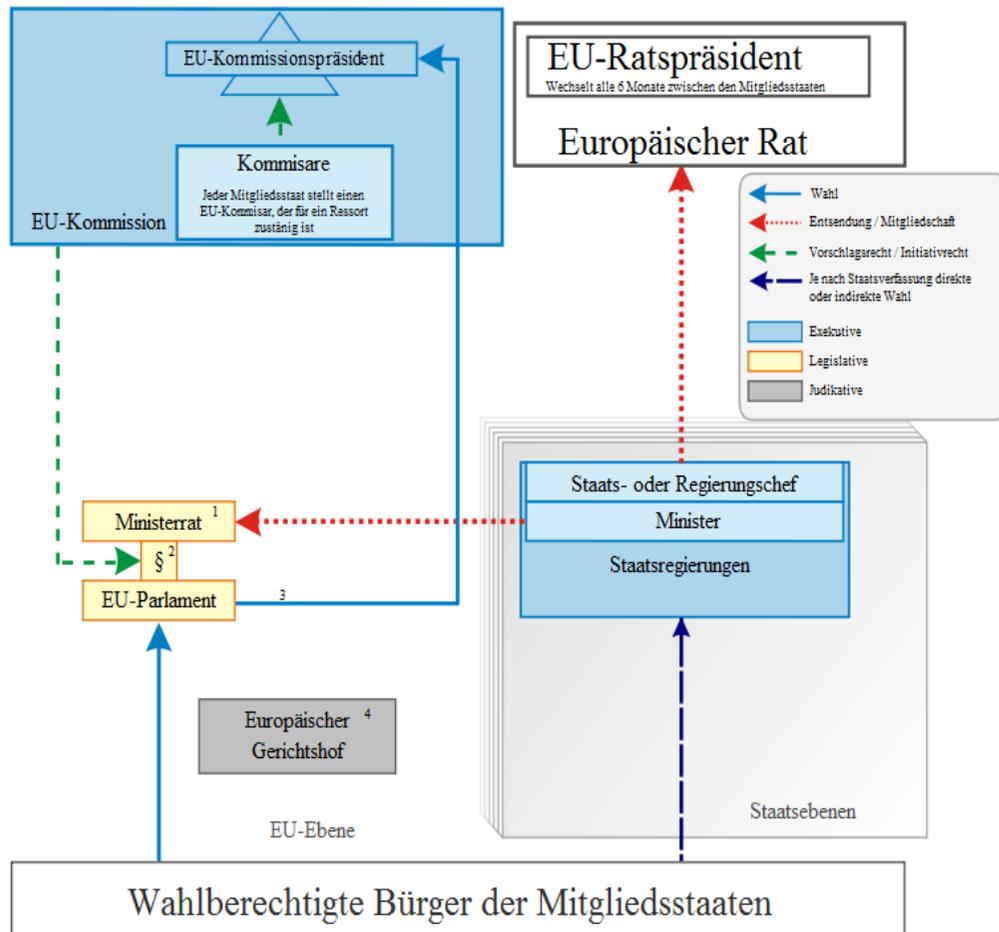
	Rolle	Sitz	Mitglieder	Genaue Aufgaben	Bemerkungen
Europäischer Rat					
Europäische Kommission					
Rat der Europäischen Union = der Ministerrat					
Das europäische Parlament					
Der europäische Gerichtshof					

Anhand der verschiedenen Dokumente, versuchen Sie die Tabelle auszufüllen.

**Dokument 1:** Dokumentarfilm „das Dreieck der EU-Institutionen“, 2009 (auf Youtube).

Link: <http://www.youtube.com/watch?v=sYo7nLLF9-A>

**Dokument 2:** Wie funktionieren die EU-Institutionen?



<sup>1</sup> Im Ministerrat (auch EU-Rat genannt) sitzen die Minister der Mitgliedsstaaten. Je nach behandeltem Thema kommen die Vertreter unterschiedlicher Ressorts zusammen.  
<sup>2</sup> Das EU-Parlament besitzt kein Initiativrecht (d.h. es darf keine Gesetze Vorschlagen). Die EU-Kommission hat das alleinige Initiativrecht.  
<sup>3</sup> Das EU-Parlament kann nur den von den Kommissaren vorgeschlagenen Kommissionspräsidenten bestätigen oder ablehnen. Es kann außerdem durch ein Misstrauensvotum mit Zweidrittelmehrheit den Kommissionspräsidenten zum Rücktritt zwingen.  
<sup>4</sup> Der Europäische Gerichtshof besteht aus je einem Richter jedes Mitgliedsstaats.

### Dokument 3: Europäischer Rat: Zukunft Europas im Zentrum der Debatte

#### "Europa der Ergebnisse" wird in den Mittelpunkt gerückt

Der Europäische Rat nahm eine erste Auswertung der Reflektionsphase vor, die nach der Ablehnung der EU-Verfassung durch die französischen und niederländischen Wähler begonnen hatte.

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich auf einen doppelten Ansatz, der einerseits konkrete Ergebnisse liefert, während gleichzeitig an einer institutionellen Lösung gearbeitet wird, wie die Kommission am 10. Mai in ihrer Mitteilung über eine Bürgeragenda für Europa vorgeschlagen hatte.

In Bereichen wie Sicherheit, Justiz, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum, die die EU-Bürger direkt betreffen, lautet das vorrangige Ziel, ein "Europa der Ergebnisse" zu schaffen.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso erläuterte, Europa sei nunmehr von der Reflektionsphase zu einer Phase der aktiven Teilnahme an der Umsetzung politischer Zielsetzungen übergegangen.

Im Hinblick auf die Reflektionsphase beschlossen die Staats- und Regierungschefs, am 25. März 2007 in Berlin eine politische Erklärung zu verabschieden, in der sie ihre Vision für die EU vorstellen werden - 50 Jahre nachdem der Europäische Integrationsprozess mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge seinen Anfang nahm. So sollen der EU für die Umsetzung der institutionellen Reform bis 2008 neue Impulse verliehen werden.

#### Erweiterungsprozess und Aufnahmefähigkeit der EU

Die Erweiterung gehörte zu den Hauptthemen des Gipfeltreffens. Hierbei wurde insbesondere auf die Fähigkeit der EU eingegangen, neue Mitgliedstaaten aufzunehmen.

Die Ratsteilnehmer betonten, dass es unerlässlich sei, die eingegangenen Verpflichtungen einschließlich der Perspektiven, die den westlichen Balkanländern eröffnet wurden, einzuhalten. Sie machten jedoch auch deutlich, dass die Aufnahmefähigkeit zwar kein neues Beitrittskriterium, jedoch ein wichtiges Element darstelle, das bei künftigen Erweiterungen berücksichtigt werden müsse.

#### Weitere Punkte der Tagesordnung

Die 25 Staats- und Regierungschefs verabschiedeten außerdem ein ehrgeizige, rundum erneuerte EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung.

Im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht sind weitere Anstrengungen erforderlich, um die Halbzeitbewertung des Haager Programms vorzubereiten, die im Dezember 2006 stattfinden wird.

Wie in den vergangenen Jahren nutzte der Rat auch die Gelegenheit, um eine Reihe von Erklärungen zu aktuellen außenpolitischen Fragen zu verabschieden. Die Erklärungen betreffen die westlichen Balkanländer, Iran, den Irak, den Friedensprozess im Nahen Osten, Afrika und den Libanon.

Quelle: Europa Newsletter, (europa.eu) – Juni 2006.

#### Dokument 4: der Rat der EU

Der Rat der Union (Ministerrat oder Rat) ist die oberste Entscheidungsinstanz der Europäischen Union. Er tritt auf Ebene der Minister der Mitgliedstaaten zusammen und bildet somit die Institution der Union, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten vertreten sind. Der Rat hat seinen Sitz in Brüssel, kann jedoch in Luxemburg zusammentreten. Die Ratssitzungen werden von der Präsidentschaft einberufen, die auch die Tagesordnung festlegt.

Der Rat tagt in unterschiedlichen Zusammensetzungen und vereinigt so die zuständigen Minister der Mitgliedstaaten für die jeweiligen Bereiche (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, Wirtschaft und Finanzen, Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Verkehr, Telekommunikation und Energie, Landwirtschaft und Fischerei, Umwelt, Bildung, Jugend und Kultur).

Der Rat übt gemeinsam mit dem Parlament die Rechtssetzungs- und Haushaltsbefugnisse aus. Zudem werden im Rat die wichtigsten Entscheidungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik (zwischenstaatlicher Ansatz) getroffen. Der Rat ist Inhaber der Ausführungsbefugnis, die er in der Regel auf die Kommission überträgt.

*Quelle: europa.eu*

#### Dokument 5 : Konkrete Beispiele der Tätigkeiten einiger EU-Institutionen

**Beispiel 1: Rat der EU:** „280 Millionen EUR sollen im Jahr 2010 für den Milchsektor bereitgestellt werden. Diese auf einer Ratstagung vom 19. Oktober 2009 vereinbarte Maßnahme muss noch vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister gebilligt werden. Sie ist Teil eines Pakets von Sofortmaßnahmen, das die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union verabschiedet haben, um den Milchmarkt zu stabilisieren und die Milchbauern zu unterstützen. „

*(Quelle: europa.eu, Oktober 2009)*

**Beispiel 2: Der Europäische Gerichtshof:** „Die Deutsche-Börse-Tochter Clearstream hat in der Vergangenheit ihre marktbeherrschende Stellung missbraucht und damit gegen EU-Wettbewerbsrecht verstoßen. Das urteilte das EU-Gericht erster Instanz am Mittwoch in dem Rechtsstreit um eine Entscheidung der EU-Kommission aus dem Jahr 2004. Die Kommission hatte Clearstream Banking Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung vorgeworfen, aber keine Geldbuße verhängt. Clearstream habe sich geweigert, für den Konkurrenten Euroclear deutsche Namensaktien abzurechnen. Clearstream hatte dagegen geklagt.“

*(Quelle: eco.edipress.lu, 9. September 2009).*

**Beispiel 3:** „Bis spätestens 2013 müssen Deutschland und acht weitere EU-Staaten ihren Staatshaushalt in Ordnung bringen. Das beschloss die europäische Kommission am Mittwoch in Brüssel. Das deutsche Haushaltsdefizit erreicht in diesem Jahr laut Kommission 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). 2010 dürften es wegen der teuren Konjunkturprogramme bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen schon 5 Prozent sein. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt aber, der bei der Gründung der europäischen Währungsunion vor allem auf Betreiben der damaligen Bundesregierung geschlossen wurde, gestattet maximal eine jährliche Neuverschuldung von drei Prozent des BIP. Sonst drohen hohe Strafen. Griechenland, das seine Defizitprognose gerade von 3,7 auf 12 Prozent korrigierte, könnte der erste Fall sein, in dem solche Strafen tatsächlich verhängt werden. Dabei dürften sich die Euro-Staaten durchaus höher verschulden, denn der Stabilitätspakt lässt in außergewöhnlichen Fällen wie etwa einer Finanzkrise Ausnahmen zu. Deshalb einigten sich die EU-Finanzminister im vergangenen Jahr darauf, kurzfristige Überschreitungen der Drei-Prozent-Grenze zu dulden. Was aber passiert, wenn Defizite dauerhaft auszufern drohen, darüber wurde zuletzt kräftig gestritten. Nur noch drei der 16 Euro-Staaten - Finnland, Luxemburg und Zypern - liegen mit ihrer Neuverschuldung im Rahmen des Paktes. Vor allem die französische Regierung, die in diesem Jahr ein Defizit von 8,3 Prozent des BIP erwartet, fragte: Was soll eine Regel, die praktisch kein Land einhalten kann? Doch vor einigen Wochen einigten sich die Finanzminister trotzdem auf eine relativ strenge Anwendung des Pakts um Zweifel am Konsolidierungswillen der EU-Staaten vorzubeugen. Denn solche Zweifel könnten zu Risikoaufschläge und steigenden Zinslasten für die Staaten führen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will sich dem Diktat aus Brüssel beugen. "Das entspricht genau unseren Vorstellungen", sagte er Anfang der Woche auf dem EU-Finanzministerrat. 2011 werde man mit dem Schuldenabbau beginnen, und 2013 soll das Defizit weniger als drei Prozent betragen.“

*(Quelle: taz.de, 11. September 2009)*